

Revolutionäre Umgestaltung der „Gesundheit“ im Rahmen der Agenda 21

Diethelm Raff, Zürich

„Unser Amt wird einen Paradigmawechsel in der Gesundheitsversorgung herbeiführen und zwar mit einer subversiven Strategie, die wir schon im Drogenbereich erfolgreich eingesetzt haben. Wir vermindern die Investitionen in die kurative Medizin und leiten die Gelder in die Prävention um. Ein grosser Teil geht in die Durchsetzung der Nachhaltigkeit, der Agenda 21 unter dem Label Umweltschutz“, so der Direktor des Bundesamtes für Gesundheit in der Schweiz, Thomas Zeltner. Wer subversiv tätig werden will, also die bestehende freiheitliche Ordnung gegen den Willen des Volkes umstürzen und zerstören will, lehnt die Demokratie ab. In Bern hatten im November 1999 Aktivisten aus der Verwaltung darüber nachgedacht, wie man einen „gesellschaftlichen Lernprozess“ in Gang setzt, mit dem die Agenda 21 als „Nachhaltigkeit“ den Bürgern aufgezwungen werden kann.

Worum handelt es sich bei der Agenda 21, die laut Koalitionsvertrag der rot-grünen deutschen Regierung und dem Amsterdamer Vertrag der EU den Handlungsrahmen der Politik bildet? Die EU droht allen Mitgliedsländern finanziell spürbare Sanktionen an, die die Agenda 21 nicht schnell umsetzen.

Agenda 21 für das tägliche Leben oder: Muss sich endlich etwas Richtung Diktatur bewegen?

Die Agenda 21 ist 1992 von 179 Staaten auf der „Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro verabschiedet worden. Wer von den Regierungsdelegationen das Werk genau gelesen hat, ist nicht bekannt. Jedenfalls wurde keine Bevölkerung demokratischer Staaten dazu befragt. Das Vertragswerk wird mit „Top-Down-Strategie“ den Ländern übergestülpt. Dieses umfassende Dokument enthält mehrere tausend Handlungsanweisungen, die nach und nach alle, selbst intimste Lebensbereiche des Menschen weltweit regeln sollen. In Europa ist vorgesehen, mit dem Umweltschutz zu beginnen, weil damit viele Menschen ansprechbar sind. Nicht nur die Konsumgewohnheiten, Freizeit- und Ferienplanung müssen verändert werden, sondern auch die individuelle Gestaltung der Familienplanung, der Erziehung und der Partnerschaft. Die diktatorischen Eingriffe in die Privatangelegenheiten gehen soweit, dass ein Ehepaar nicht mehr

selbst bestimmen kann, wie es die Hausarbeit verteilt (Artikel 24.3.d). Staatliche Organe sollen in Zukunft die Werte, die Einstellungen, das Verhalten und das Handeln jedes einzelnen verändern (24.2.c, 36.3., 36.8, 36.9, 36.24). Die Vertreter des Volkes sollen das Volk manipulieren und dafür die Werbebranche und die Unterhaltungsindustrie konsultieren, um „von deren Erfahrungen mit der Beeinflussung von öffentlichen Verhaltens- und Verbrauchsmustern“ zu profitieren (36.10.e). Darüberhinaus soll der Staat mit entsprechenden Abgaben und Steuern dafür sorgen, dass sich die Menschen „freiwillig“ umstellen (4.25). Zum Beispiel sollen alte Menschen aus grossen Wohnungen verdrängt werden. Wenn eine auf „Nachhaltigkeit“ eingespurte „Wissenschaft“ keine Rechtfertigung findet, werden die geplanten Massnahmen trotzdem durchgesetzt. (35.1 ,35.3). Wenn die „marktwirtschaftlichen“ Abgaben die Menschen nicht genügend zu anderem Verhalten zwingen, sind Gesetze und Rechtsverordnungen als eines der wichtigsten Instrumente eingeplant“ (8.13). Zur Durchsetzung dieser Gesetze müssen umfassende Daten über das gesamte Verhalten des Bürgers gesammelt werden (2.15.,3.9., 4.1., 4.10., 5.25., 24.8., 35.22.c, Kapitel 40), zum Beispiel darüber, wieviel Energie wer wofür verwendet, wie viele Kilometer wer mit dem Auto fährt, wieviel Gemüse aus der Region wer isst, wieviel Fleisch wer konsumiert, welche Alltagsgewohnheiten wer hat, usw.) Gleichzeitig erhalten aber auch Einzelpersonen oder Gruppen wie der WWF, das autoritär geführte Greenpeace oder Umwelt-, Frauen- und Entwicklungshilfegruppen ausdrücklich das Recht, Zugang zu diesen Daten jedes Bürgers zu erhalten. (6.21.f, 8.4., 8.5., 23.2., 29.8., 38.14.). Diesen Einzelpersonen und Gruppen erlaubt man darüberhinaus, polizeiliche und juristische Aufgaben zu übernehmen, also ihre Mitbürger daraufhin zu kontrollieren, ob sie sich an alle Regeln und Bestimmungen halten und Übertretungen entsprechend zu ahnden. (8.21.d)

Rätediktatur statt demokratische Entscheidungsfindung

Statt der Beteiligung aller Bürger wie in der schweizerischen direkten Demokratie soll ein sogenannter „partizipativer Dialog von Interessengruppen“ eingeleitet werden, der von Kaderpersonal (Moderatoren) dirigiert ist. Damit ersetzt das marxistische Rätemodell im Sinne der Organisierung von Interessen die demokratischen Prozesse. Mit der irreführenden Behauptung, Konsens herzustellen, werden Vertreter möglichst aller Organisationen zusammen mit der Exekutiven in einem gruppenspezifischen Prozess zu einem Massnahmenkatalog getrieben, zu dem die Bürger nicht mehr befragt werden und zu dem die gewählten parlamentarischen Vertreter höchstens noch ja zu sagen haben. Basel hat gerade einen solchen Prozess durchgemacht.

Ärztliche, ethische Richtlinien aufheben

Für die Durchsetzung der beschriebenen Formierung und Unterordnung der Bürger unter ein internationales Regime einer neuen Aristokratie aus Finanzmogulen und marxistischen Menschenverächtern benutzt man auch den Gesundheitssektor. Über die Gesundheit erhält man Zugriff auf jeden Menschen. Gleichzeitig kann man in diesem Bereich die Grundlagen für eine freie Gesellschaft erschüttern; man kann die Tiefenschichten der funktionierenden Gesellschaft nach den Anweisungen von Michel Foucault und Antonio Gramsci zerstören. Dazu gehört es, das Gefühl des Verbundenseins mit anderen, der Verlässlichkeit anderer in entscheidenden Fragen aufzuheben. Beispielsweise hat die Schweizer Regierung für die Umsetzung der Agenda 21 einen Bericht gutgeheissen, (Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz. Stand der Realisierung, 1997), in dem die ärztliche und gesellschaftliche Verpflichtung aufgekündigt wird, jedem Menschen im Krankheitsfall die bestmögliche Versorgung zu gewähren und den hilfeschenden Patienten in seiner Hilflosigkeit anzunehmen und zu heilen. Es heisst dort: Es „ist zu fragen, inwiefern die westliche Gesundheitsphilosophie und damit auch die schweizerische Gesundheitspolitik den Erfordernissen der Nachhaltigkeit entsprechen. Es bestehen begründete Zweifel: ... Zu beantworten ist die Frage ... nach den Grenzen des passiven Reparaturverhaltens in bezug auf den eigenen Körper“. (BUWAL, 1997, S.22). Die westliche Gesundheitsphilosophie heisst, jedem Menschen die bestmögliche Therapie zukommen zu lassen - egal, wie er sich in seinem Leben verhalten hat, ob er eine Krankheit selbst verschuldet hat, wie viel Geld er besitzt und welche Stellung er in der Gesellschaft einnimmt. Mit passivem Reparaturverhalten meint man, dass sich jeder vertrauensvoll in die Hände des Arztes begeben kann, wenn er Krebs oder einen Herzinfarkt hat. Man weiss, der Arzt überlegt sich nicht, ob sich wohl eine Heilung lohnt, sondern richtet sein ganzes Streben danach, zu heilen oder zu lindern. Dieses Vertrauen besteht, weil sich die Ärzte seit 2400 Jahren dem hippokratischen Eid verpflichtet haben. Wenn die Agenda-21-Vertreter diese Einstellung zur Gesundheit abschaffen wollen, versuchen sie auch die Wertschätzung für jeden einzelnen als Person aufzuheben. Folglich fassen sie auch die aktive Euthanasie ins Auge. Diese ethische Niedertracht begründet die Schweizer Regierung in ihrem Bericht mit zu hohen Kosten und sogenannter Überversorgung (S.22). Sie meinen, mit ökonomischen Argumenten lasse sich die Bevölkerung die Ethik und das vorsichtig aufgebaute Gesundheitssystem nehmen, damit auch das Vertrauen zueinander, woraus ein sozialdarwinistischer Kampf aller gegen alle folgen würde.

Politische Agitation im Namen des Gesundheitsschutzes

In der Agenda 21 wird festgelegt, dass die Heilung von Krankheiten im Gesundheitsbereich geringere Bedeutung haben soll. Stattdessen soll der Schutz der Gesundheit darin bestehen „den

Menschen innerhalb ihrer Gemeinschaften die notwendigen Fähigkeiten für eine nachhaltige Entwicklung zu vermitteln.“(6.1) Der Gesundheitssektor soll also die Menschen dazu „befähigen“, sich der oben beschriebenen Abschaffung der Freiheit in allen Bereichen anzupassen. Er soll zu einem Transformationsinstrument für die neue Ideologie der Nachhaltigkeit umgebaut werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Gesundheitssektor mit anderen Teilen der Gesellschaft zusammenwirken: „der Bildungsbereich, der Wohnungsbau, öffentliche Anlagen und kommunale Gruppen ebenso wie Wirtschaftsunternehmen, Schulen und Universitäten sowie religiöse Gruppen, Bürgerinitiativen und kulturelle Organisationen“(6.1.). Weil die Autoren der Agenda 21 davon ausgehen, dass Gesundheit gesellschaftlich produziert ist, fällt die ärztliche Aufgabe zu therapieren weitgehend unter den Tisch. Folgerichtig taucht der Arzt in den 46 Artikeln über die Gesundheit nur einmal auf. Es sollen zwar übertragbare Krankheiten bekämpft werden, aber nicht der Hunger als Ursache von Gesundheitsschäden und auch nicht Herz- und Kreislauferkrankungen, Krebs oder Allergien. Offensichtlich geht es vor allem darum, den produktiven Menschen zu erhalten, der zur nachhaltigen Entwicklung nötig ist. (6.3.) Statt den Schwerpunkt auf die Therapie zu legen, soll der Mensch für seine Gesundheit selbst verantwortlich gemacht werden. Dazu soll er zur Gesundheit befähigt werden, nämlich „die Wechselwirkung zwischen den physischen, geistigen, biologischen und ökonomisch/sozialen Aussenbedingungen erfolgreich steuern zu können.“ (6.3.) Der Mensch ist also gesund, wenn er die Fähigkeit entwickelt, im Kollektiv politisch aktiv zu werden.

Medizinische Dienste als Agitationsinstrumente

In diesem Sinne sollen die Regierungen eine Reform der Ärzte- und Krankenschwesterausbildung durchführen, durch die medizinisches Fachwissen unwichtig wird. Statt dessen soll der Ansatz vermittelt werden, Krankheiten seien durch äussere Umstände hervorgerufen und müssten durch die Bekämpfung dieser Umstände beseitigt werden. (6.8.) Sogenannte Basisgesundheitsdienste sollen vor allem Fachkompetenz im Bereich der Kommunikation, der Gemeindeorganisation und der Herbeiführung von Verhaltensänderungen“ aufweisen (6.8.). Diese Dienste dienen dann vorrangig der Mobilisierung und Formierung der Bevölkerung. Die medizinischen Hilfskräfte auf Gemeindeebene sollen vor allem die „Gesundheitserziehung“ der Bevölkerung leisten, wofür sie vor allem „Teamarbeit, soziale Mobilisierung und Unterstützung anderer Entwicklungshelfer“ (6.9.) lernen müssten. Statt Hilfe bei Beschwerden von Kranken zu geben oder Ratschläge für die Ernährung oder Aufklärung über die schädlichen Wirkungen des Rauchens und des Rauschgiftkonsums zu geben, soll die Gemeindeschwester in Zukunft die Gesunden z.B. bei Demonstrationen und Reklamationen irgendwelcher Art anführen.

Persönlichkeitsdefizite als Begründung für den Kampf gegen die Gesellschaft aufbauen

Die medizinischen Helfer sollen ausdrücklich die „Randgruppen“ der Frauen, Kinder, Jugendlichen und Eingeborenen soweit bringen, dass sie die Möglichkeit einfordern, „sämtliche in ihnen schlummernden Kräfte zu entfalten (wozu auch eine gesunde physische, psychische und geistige Entwicklung gehört)“ (6.18.- 6.23). In dieser Forderung ist die Vorstellung enthalten, dass der einzelne die Verantwortung seiner persönlichen Entwicklung nicht selbst zu übernehmen hat, sondern diese von anderen einfordern kann. Jedes persönliche Defizit kann zu einem Anspruch an die anonyme Gesellschaft umfunktioniert werden, die die persönliche Entwicklung scheinbar verhindert. So sollen die Gesundheitsdienste Motive zur politischen Aktion erzeugen. Gleichzeitig weist man einem - autoritären - Staat die Aufgabe zu, den einzelnen Menschen zu persönlichem Wohlbefinden zu bringen. Ein freiheitlicher Staat anerkennt nämlich, dass die Entwicklung des Menschen in der vom Staat unabhängigen Familie, in Verwandtschaftsbeziehungen, in Nachbarschaften, in Schulen, an der Arbeitsstelle, in freien Zusammenschlüssen der Menschen stattfindet. Die angestrebte Gesundheitsreform nach Agenda 21 ist - wie aus den obigen Ausführungen klar hervorgeht - rein marxistisch.

Unterschlagen: Krieg als grösste Bedrohung der Gesundheit

Zu fragen ist, warum im Zusammenhang mit der Gesundheit der Krieg nicht genannt wird, der das grösste Elend, Tod und Gesundheitsschäden hervorruft. Der Krieg zerstört die Kräfte und Strukturen des Menschen, der Familie, der Dörfer und Staaten, die für ein soziales Zusammenleben und für die Verbesserung der Lebensgrundlage nötig sind. Die landwirtschaftliche Produktion bringt er an vielen Orten für lange Zeit zum Erliegen.

Kollektive Zwänge gegen Fürsorgepflicht für jeden Menschen als Person

Die Gesamtstrategie „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“ zielt darauf ab, die produktiven Teile der Gesellschaft davor zu schützen, dass sie durch äussere Einflüsse krank werden können. Diese Strategie beinhaltet auch den Zwang zur Gesundheit. Was passiert, wenn ein Ehepaar sein Kind zur Welt bringen will, auch wenn es behindert ist, obwohl der Staat laut Agenda 21 sicherstellen muss, dass gesunde Kinder geboren werden (6.21)? So soll man gemäss Agenda 21 besonders vordringlich die Abtreibung von Föten sicherstellen - als Teil der Gesundheitsförderung! (6.25) Was, wenn man nicht gesund ist, nicht gesund werden kann, weil man chronisch krank ist? Zählt nur noch der produktive Mensch wie im sozialistischen System? Der erste Sowjetische Volkskommissar für Gesundheitswesen, N.A. Semaschko formulierte 1923, was in der Agenda 21

ganz offen zutage tritt: „Man kann die Interessen des Kranken über alles stellen.... Doch das ist ein individualistisches, kleinbürgerliches, gewissermassen anarchistisches Herangehen an die Sache. Wir Marxisten und Kommunisten sehen die Sache anders: Das Interesse der Gesellschaft und des Kollektivs sind das höchste Gesetz, dem sich die Interessen der „autonomen Persönlichkeit“ unterzuordnen haben.“